

Ein Offizier Nr. 117
N. 2/5. 1917
Nr. 117

Aus Liechtenstein.

(Originalbericht.)

A. In unserem kleinen Nachbarstaate werden die Folgeerscheinungen des Krieges auch verspürt, und zwar nach den verschiedensten Richtungen hin. Gleich zu Anfang des Krieges hat Oesterreich merkwürdigerweise die Zensur über alle von Feldkirch gelangenden Briefschaften eingeführt. Alle Schweizerpost nach Liechtenstein wird — was gewiß einzig in seiner Art dasteht — von Oesterreich über liechtensteinisches Staatsgebiet auf österreichischen Boden nach Feldkirch zur Zensur geführt und gelangt erst von dorthier wieder nach Liechtenstein zurück. Alle aus Liechtenstein nach der Schweiz gelangende Post muß denselben Weg machen. Es läßt sich schwerlich das Recht begreifen, welches für die österreichische Zensurbehörde hier bestehen soll. Nach der zu Anfang des Krieges gegebenen Erklärung der Landesregierung soll nämlich der Nachbarstaat neutral sein. Diese Zensur ist eine Bresche in die Neutralität. Der seit längerer Zeit zwischen Oesterreich und Liechtenstein bestehende Postvertrag gibt zweifellos keine Handhabe dazu. Liechtenstein ist in ~~Kollision~~ ^{Kollusion} mit Oesterreich-Ungarn. Der Zollvertrag bietet aber keine Grundlage dafür, daß Oesterreich auf dieses neutrale Land seine für die Zeit und Verhältnisse des Krieges erlassenen Ausfuhrverbote auch auf Liechtenstein anwenden darf. Das geschieht aber. So können z. B. wegen Einfuhrverbotes die Liechtensteiner keine Schuhe aus der Schweiz beziehen, im Lande selbst sind keine erhältlich. Die Liechtensteiner müssen also von Antea wegen ohne Schuhe sein, denn das gegen Ablieferung von Häute aus Oesterreich bezogene Leder deckt den Bedarf nicht. Im Volke empfindet man es schwer, daß die Regierung gegen diese sonderbare Vertragsauslegung beim österreichischen Vertragsteil nicht vorstellig werden und etwas mehr Rückgrat zeigen will.

Die gegenwärtige Heuwoth ist eine zum Teil selbstverschuldete, denn hätte die Behörde durch strikte Handhabung des Ausfuhrverbotes kein Heu mehr aus dem Lande hinausgelassen — es gab zu viele Bewilligungen —, so müßte das Vieh heute nicht Hunger leiden. Die nicht-bäuerliche Bevölkerung muß jetzt unter der Noth schwer leiden: es fehlt vor allem an Fett, Mehl, Brot und Kartoffeln. Im Herbst wurde zwar rechtzeitig auf Bestandesaufnahme dieser Lebensmittel gedrungen. Der meist aus bäuerlichen Mitgliedern zusammengesetzte Landtag, wie auch die Regierung gaben schließlich den bezüglichen Anregungen nur mit Widerwillen nach. Die getroffenen Maßnahmen reichen leider nicht hin. Obwohl Mangel im Lande herrscht, werden Kartoffeln, Butter, Käse und andere notwendige Bedarfsartikel zu Wucherpreisen nach Worarlberg ausgeführt. Leider drückt die Be-

horde oft beide Augen zu —, die nicht Landwirthschaft treibende Bevölkerung aber leidet Noth. Die Politik des Systems „vom einem Tag zum andern leben“ hat hier völlig versagt.

Der neue Regierungschef versteht offenbar die Seele des liechtensteiner Volkes noch nicht. Wer etwa am Sonntag Gelegenheit hat, mit den Liechtensteinern darüber zu reden, muß über die oftmals drastischen ~~Neuerungen~~ ^{Neuerungen} zum Staunen. Ein Bauer sagte uns offen heraus, der Regierungschef fühle noch zu stark das Blut eines österreichischen Ministerialsekretärs in sich fließen, denn seine „Maßnahmen“ seien doch oftmals mehr für das Bureau als für das praktische Leben berechnet. Wie bürokratisch in diesem kleinen Staat übrigens noch regiert wird, ersieht man daraus, daß der Regierungschef und sein Sekretär nur je Mittwochs und Samstags zu sprechen sind. Kommen in dem übrigen Lager Leute, die ihr Anliegen bei der Staatsregierung oder dem Staatschreiber vorbringen wollen, so werden sie ziemlich barsch von der Türe gewiesen. Es ist erstaunlich, daß sich diese Verhältnisse bei diesen schweren Zeiten so zurückziehen dürfen. Mancher Regierungsrat wird sie darum beneiden!

In Liechtenstein hat man sich übrigens die Nothstandsmaßnahmen ziemlich leicht gemacht. Zuerst mußte eine Landesnothstandskommission über die einzelnen Vorkehrungen beraten, dann erst befolgte man das Wohlbestsystem. Es wurden Gemeinde-Nothstandskommissionen zur Entlastung der Landeskommission geschaffen, die Verantwortlichkeit zerstückelt und — den Nothleidenden leider nicht mehr als früher geholfen.

Dem kleinen Lande ist eine gesunde Weiterentwicklung zu gönnen. Dazu bedarf es aber führender praktischer Männer, die nicht immer am Alten hängen. Nothwendig ist auch, daß etwas mehr demokratisch verfahren werde. Beides wünschen wir ihm von Herzen!